

Ein Beschluß der tschechischen Sozialdemokraten.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse“.)

Prag, 9. November.

Gestern hielt der Klub der tschechischen sozialdemokratischen Reichsratsabgeordneten unter Beteiligung der Mitglieder des Parteivollzugsausschusses, der verantwortlichen Faktoren der Partei, sowie besonders eingeladener Genossen seine Generalversammlung ab. Es wurde ein Communiqué ausgegeben, in dem es unter anderem heißt: In der Versammlung wurde eine Reihe wirtschaftlicher, mit der gegenwärtigen Lage zusammenhängender Fragen erörtert. In der Debatte wurde festgestellt, daß die wirkliche politische Abgeordnetentätigkeit in der bisherigen Kriegszeit wesentlich beschränkt war und es wurde als richtig anerkannt, daß der Vorstand und der Vollzugsausschuß bei den Interventionen, Beratungen und Kundgebungen alles vermieden hat, was in der Desfinitivität über die Abgeordnetentätigkeit einen anderen Eindruck hätte hervorzurufen können, als es in Wirklichkeit war. Die Versammlungsteilnehmer einigten sich dahin, daß vorläufig alle Bestrebungen auf den Schutz der Einrichtungen, Organisationen und Interessen der Partei zu vereinigen seien, um nach dem Kriege in der Parteitätigkeit wie auch zum Schutze der Klasseninteressen des Proletariats mit Erfolg fortfahren zu können. Auf Grundlage von Referaten wurde eine theoretische Debatte über die kommende Zeit nach Beendigung der kriegerischen Operationen geführt. Nach der Eröffnung der Friedensverhandlungen wird die Zeit der politischen Tätigkeit erneuert und wahrscheinlich intensiver in die Erscheinung treten wie je zuvor. In dieser Hinsicht sprach man sich über die sachliche Regelung des gegenseitigen Verhältnisses der Parteien und Nationalitäten dahin aus, daß sich die Parteien und Nationen nicht im übertriebenen Kampfe gegenseitig zur Machtlosigkeit verurteilen sollen, sondern trotz der Verschiedenheit ihrer Standpunkte und Interessen zu einer bestimmten Resultierenden und dadurch zum politischen Fortschritte gelangen mögen. Der Vollzugsausschuß der Partei wurde ersucht, den für die Vorbereitung künftiger normaler politischer Verhältnisse wichtigen Fragen sein Augenmerk zuwenden zu wollen. Zur Führung der Klubangelegenheiten im künftigen Jahre wurde der Vorstand in seiner bisherigen Zusammensetzung wiedergewählt.